

Die folgenden Daten wurden mit dem Formular übermittelt. Sie erhalten diese Daten nicht in einem Bestätigungs-E-Mail. Wenn Sie sie brauchen, drucken oder speichern Sie bitte dieses PDF.

Betreff: Vernehmlassungsfragen

Ich vertrete:	eine politische Partei
Name der Institution/Organisation:	FDP.Die Liberalen Luzern
Strasse / Nr.:	Waldstätterstrasse 5
PLZ:	6003
Ort:	Luzern
Ansprechperson für Rückfragen:	Ronny Beck
E-Mail:	ronny.beck@dussbauservice.ch
Ich bin vom neuen Fördergefäss direkt betroffen:	sonstiges
Auswahl Frage 2.1:	Ja
Begründung Frage 2.1:	Der Kriterienkatalog ist grundsätzlich umfassend und schlüssig. Die FDP.Die Liberalen begrüsst die Betonung auf Qualität, Professionalität und kantonale Ausstrahlung. Hervorzuheben ist, dass der Beurteilung der (objektiven) Qualität ein besonderes Augenmerk zu schenken ist, da man Gefahr laufen kann, von subjektiven Einschätzungen beeinflusst zu werden. Die Kriterien müssen für eine zielgerichtete Verwendung der öffentlichen Mittel sorgen. Wichtig ausserdem ist, dass die Kriterien für Mindestanforderungen und/oder Vorgaben für Verbesserung der Finanzierung durch höhere Effizienz und Effektivität mit einbezogen werden, diese dann auch konsequent angewendet und regelmässig überprüft.
Auswahl Frage 2.2:	Ja
Begründung Frage 2.2:	Die FDP.Die Liberalen begrüsst, dass der Auswahlprozess transparent und klar geregelt ist. Die sechs Schritte von der Ausschreibung bis zur Vertragsunterzeichnung stellen sicher, dass nur qualifizierte Institutionen gefördert werden. Die Kommissionsstruktur mit paritätischer Beteiligung ist sinnvoll, jedoch sollte gewährleistet sein, dass die Kommission schlank organisiert bleibt und nicht zu einem bürokratischen Hemmnis wird. Der Kanton als Mitfinanzierer muss eine starke Rolle in der Auswahl, Steuerung und Kontrolle behalten. Die FDP.Die Liberalen fordert die Sicht der Agglo einzubeziehen, welche kritisiert, dass die gebührende Mitsprache der Standortgemeinden fehlt.
Auswahl Frage 2.3:	Ja
Begründung Frage 2.3:	Die neue Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen scheint durchdacht. Der Kanton übernimmt die Führung in Ausschreibung und Vertragserarbeitung, die Standortgemeinden bringen ihre lokale Expertise ein und die Kommission sorgt für Qualitätssicherung und Legitimation. Die FDP.Die Liberalen weist aber darauf hin, dass Doppelspurigkeit vermieden werden muss. Eine Minderheit der FDP.Die Liberalen beurteilt die Aufgabenteilung und Kompetenzverteilung zwischen Kanton, Standortgemeinden und Kommission allerdings als unangemessen und nicht zielführend. Sie lehnt diese deshalb ab. Aus ihrer Sicht wird die Agglomeration in der Vorlage ungenügend berücksichtigt, obwohl sie 50 % der Beiträge an die Institutionen leistet, wovon 75 % über den Kanton getragen werden. Die Kommission soll gemäss dieser Minderheitsmeinung nicht nur beratend tätig sein, sondern den abschliessenden Entscheid zur Leistungsvereinbarung zuhanden des Regierungsrates fällen. Vorgeschlagen wird zudem, dass neben der Vertretung des RET und der fixen Vertretung der Stadt Luzern auch eine Vertretung der Kernagglomeration K5 in der Kommission Einsitz nimmt. Damit wäre sichergestellt, dass die Region mit ihrem vielfältigen Angebot angemessen eingebunden ist. Schliesslich soll analog zum Verkehrsverbund Luzern (VVL) ein vierjähriges Präsidium gewählt werden, das weder eine Kantons- noch eine Gemeindevertretung ist.
Auswahl Frage 2.4:	Ja
Begründung Frage 2.4:	Die mehrjährige Förderung via Leistungsvereinbarungen stärkt die Planungssicherheit der Kulturbetriebe, das ist ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Finanzierungssituation. Die Kulturinstitutionen benötigen stabile Rahmenbedingungen. Gleichzeitig schafft die Möglichkeit zur Überprüfung nach vier bzw. acht Jahren einen Mechanismus zur Sicherung der Qualität. Zudem kann auch objektiver beurteilt werden, ob das Angebot auf genügendes Interesse in der Bevölkerung stösst.
Auswahl Frage 3.1:	Ja
Begründung Frage 3.1:	Aufgrund der Unausgewogenheit in der Finanzierung durch Standortgemeinden ist die Beteiligung des Kantons ein richtiger Schritt. Die bisherige alleinige Belastung der Zentren ist weder fair noch zukunftsfähig. Mit der 50:50-Lösung leistet der Kanton einen Beitrag zur Chancengleichheit im Kulturbereich. Die FDP.Die Liberalen begrüsst, dass die Gemeindefreiheit nicht beschnitten wird und sieht darin einen pragmatischen Kompromiss, der im Gesamtinteresse des Kantons steht, trotzdem soll regelmässig überprüft werden, ob das Angebot auf genügend grosses Interesse stösst.
Auswahl Frage 3.2:	Ja

Begründung Frage 3.2:	Die einfache und klare Regelung schafft Transparenz und Planbarkeit. Sie ist sowohl administrativ effizient als auch politisch vermittelbar. Die Gemeinden werden weiterhin zu verantwortungsvoller Kulturpolitik verpflichtet, ohne sie zu überfordern. Die FDP.Die Liberalen begrüsst den durch und durch liberalen Ansatz merkt aber an, dass die Administrativkosten durch alle Gemeinden oder den Kanton getragen werden soll. Schliesslich profitieren alle von der neuen Lösung.
Auswahl Frage 3.3:	Ja
Begründung Frage 3.3:	Die FDP.Die Liberalen ist der Meinung, dass Gemeinden ohne eigene Kulturbetriebe zur Mitfinanzierung zu verpflichten, nicht richtig wäre. Die neue Regelung schafft Klarheit: Wer profitiert, beteiligt sich.
Bemerkungen:	Die vorgeschlagene Strukturförderung für mittelgrosse Kulturbetriebe im Kanton Luzern stellt eine gute Weiterentwicklung der bisherigen Kulturpolitik dar. Aus Sicht der FDP. Die Liberalen ist eine gezielte, transparente und finanziell tragbare Kulturförderung im Interesse der kulturellen Vielfalt, der Standortattraktivität und der gesellschaftlichen Ansprüche. Die Stossrichtung des Gesetzesentwurfs ist grundsätzlich zu begrüssen. Die Einführung einer verbindlichen, paritätisch getragenen Strukturförderung bietet Planungssicherheit für Kulturinstitutionen und schafft klare Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden. Gleichzeitig sind jedoch Fragen der Effizienz, der fairen Finanzierung und der Steuerungsfähigkeit zentral. Eine Kulturförderung darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern das Angebot muss entsprechend nachgefragt werden (Kontrolle z.B. mit der regelmässigen Erhebung zahlender BesucherInnen und/oder der Entwicklung des Eigenfinanzierungsgrades der Institution). Die FDP.Die Liberalen fordert im Hinblick auf die Botschaft eine Priorisierung der voraussichtlichen Kosten-/ und Unterstützungsaufteilung pro Region und Gemeinde, sowie eine klare Gewichtung der festgelegten Kriterien.